

Quelle: Handelsblatt

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

FDP Deutschland braucht Liberalismus

Die neue Unberechenbarkeit der FDP hat nicht nur den Chef, sondern auch die Partei zur Disposition gestellt. Denn die hat ihr Fundament ersatzlos preisgegeben.

Josef Joffe

Man muss nicht immer Parteichef sein. Helmut Schmidt war es nicht und dennoch Kanzler. Aber wie er am eigenen Leibe erfahren hat, war die Ämterteilung keine gute Idee. Wer die Kontrolle über die Partei verliert, wird bald auch das Staatsamt los. So wird es auch Guido Westerwelle ergehen.

Im Bundeskanzleramt aber denkt man schon weiter: an die nächste Wahl, genauer, an die nächste Koalition. Warum nicht 2013 bundesweit probieren, was in Hamburg so grandios geplatzt ist: Schwarz-Grün? Denkt man noch weiter, tut sich Grausliches für die Liberalen auf. Nicht nur ihr Vorsitzender war verzichtbar; womöglich ist es auch die ganze Partei. Denn deren Problem ist größer als Guido W., obwohl ihm zwei Drittel der FDP-Freunde die Hauptschuld am Verfall zugewiesen haben.

Die "spätromische Dekadenz" war noch rein Westerwelle. Doch der Privatkrieg gegen das Bündnis in Libyen war kein Ausrutscher mehr; es war eine systematische Attacke auf die Grundfesten deutscher Außenpolitik, welche die Parteifreunde aber akzeptiert haben - ein Bruch mit uralter Tradition. "Nie allein sein" ist deren eisernes Gesetz. Bismarck hat es formuliert, Adenauer hat es nach dem Desaster zweier Weltkriege zum Katechismus erhoben. Selbst Westerwelle-Ziehvater Hans-Dietrich Genscher, der gern zwischen den Fronten des Kalten

Krieges manövrierte, hat das Gesetz geehrt. Spielbein im Osten, aber Standbein immer im Westen.

Das Unglück kommt gern in Serie. Die außenpolitischen Scherben waren noch nicht zusammengekehrt, da kam das nächste Malheur: der Eileinstieg in den Atomausstieg. Noch schneller abschalten als von Schwarz-Gelb geplant, das war mehr als nur eine Laune des Generalsekretärs. Denn Panik ist die neue Parteiräson. Ihr blutjunger Hoffnungsträger Christian Lindner erklärt das Flipflop in dieser Zeitung so: Hält die FDP an einer "offensichtlich falschen Haltung fest", verliert sie "irgendwann ihren Führungsanspruch". Warum sollte das Wahlvolk den noch akzeptieren? Sozialpolitik ist nicht ihr Markenzeichen. Außenpolitik kann sie nicht, wie das Fiasko in der Großen Syrte beweist. Ihre klassische Klientel aber - die Wirtschaft - will sie nicht mehr bedienen.

Wenn`s denn wenigstens funktioniert hätte. Die Wähler in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben den Lohn der Angst in der Münze der Verachtung ausgezahlt: der Halbierung der Stimmen. Die kaltherzige Analyse kommt denn an der gemeinsten Frage nicht vorbei: Wozu braucht man die FDP noch?

Als Mehrheitsbeschaffer, den sie von Adenauer bis Merkel mit drei Ausnahmen gespielt hat, ist sie nicht mehr nötig. Die Große

Koalition 1966-1969 war ein Betriebsunfall, doch Rot-Grün 1998-2005 und Schwarz-Rot 2005-2009 ließen bereits das strukturelle Schicksal der FDP erahnen. Schwarz, Rot und Grün können jetzt ein Koalitionsspiel aufziehen, das früher ohne die FDP nicht gelaufen wäre. Die Bundesliga kann auf die Mannschaft in den gelben Trikots verzichten.

Der taktische Wähler war immer der beste Freund der Liberalen. Heute hat er Auswahl zuhauf. Weshalb dann noch die FDP? Früher hätte auch das Parteiprogramm die nie sehr großen Heerscharen des klassischen Liberalismus mobilisiert - nennen wir es Ordnungs- oder Wirtschaftsliberalismus plus Westbindung. Aber heute? Das Nato-Mutterschiff hat Westerwelle angeschossen, die Wirtschaftsnähe hat Lindner aufgekündigt, und auf den Ordo-Liberalismus war noch nie so richtig Verlass. Im Zweifel hat er sich dem Klientelismus gebeugt.

Das Problem geht aber noch tiefer. Vernachlässigt man ihr linkes Drittel, sind die Grünen die Partei des neuen Bürgertums. Dieses schätzt das Urbane, die Selbstverwirklichung, die Auflösung einst verbindlicher Lebensformen (wie Ehe oder Nationalstaat). Aber auch den neuen Konservatismus, der sich an Naturschutz und dem anheimelnden Begriff der Nachhaltigkeit orientiert. Das heißt: Verlangsamung, "Wachstum? Nein danke!", Misstrauen gegenüber Großtechnologien und Bio-

**Quelle: Handelsblatt**

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

Wissenschaften. Kurzum:
Eindämmung eines
umstürzlerischen Wandels -
Konservatismus eben.

Seit Fukushima und Libyen kann die
FDP nicht einmal mehr die
Beständigkeit anbieten, die die Alt-
Konservativen im Dreireiher
anziehen würde. Oder Big
Business. Oder die Zahnärzte und
Apotheker. Wo soll sie ihre Flagge
einpflanzen, wenn sie gar keine
mehr hat, sondern nur noch den
Wunsch, mitten im Zeitgeist zu

schwimmen. Das machen CDU und
SPD besser und die Grünen
sowieso, denn die haben ihn
erfunden und fahren nun die Ernte
ein.

Wenn die Lindners so schnell die
Spielzüge wechseln, wie es
Westerwelle zu tun pflegte, hat die
Partei ein Problem mit ihrem
Charakter und Geschäftsmodell und
nicht nur mit ihrer Führung.
Zuckungen sind offensichtlich nicht
zielführend, wie die Landtagswahlen
zeigen - es sei denn in Richtung

Konkursverwaltung oder zumindest
Gläubigerschutz. Dies sei mit
Trauer, nicht mit Häme konstatiert.
Gerade weil der Zeitgeist so breit
und mächtig fließt, braucht das
Land den Widerpart des klassischen
Liberalismus. Mehr denn je.

Der Autor ist Herausgeber der
"Zeit".

Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com